

Zielstrebige Führungstätigkeit sichert vorfristigen Neuauftschluß eines Tagebaus

Von Wolfgang Küntzel, politischer Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED

Mit hervorragenden Leistungen im sozialistischen Wettbewerb den XI. Parteitag der SED würdig vorzubereiten ist erklärtes und durch eindrucksvolle Arbeitstaten bewiesenes Bestreben der Werktätigen in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft. In vielfältigen Initiativen drückt sich - wie der Verlauf der Wahlversammlungen in den Parteigruppen und Grundorganisationen anschaulich beweist - ihre Entschlossenheit aus, den hohen Anforderungen der neuen Etappe der ökonomischen Strategie der Partei in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Ungezählte Verpflichtungen zielen darauf ab, die anspruchsvollen Planaufgaben 1985 noch zu überbieten und wichtige volkswirtschaftliche Vorhaben vorfristig abzuschließen.

Zu den letzteren zählt der Neuauftschluß des Tagebaus Scheibe im Bezirk Cottbus, ein Investitionsobjekt, das von der strategischen Aufgabe bestimmt wird, den steigenden Energiebedarf unserer Volkswirtschaft primär durch einheimische Braunkohle zu decken. Im konkreten Fall heißt das, Ersatzkapazitäten für die auslaufenden Tagebaue Spreetal und Lohsa zu schaffen und das nahegelegene Gaskombinat Schwarze Pumpe auch in Zukunft stabil mit Rohbraunkohle zu versorgen.

Nach der ursprünglich vorgesehenen Aufschlußzeit sollten die ersten Kohlezüge im Frühjahr 1986 rollen. Den entscheidenden Anstoß zu der von allen Bau- und Montagekollektiven in Scheibe getragenen Verpflichtung, die Aufschlußarbeiten so zu beschleunigen, daß mit der Kohleförderung bereits am 15. November dieses Jahres begonnen werden kann, gaben die Erfahrungen aus dem Kampf um die Beherrschung der Energiesituation im letzten anhaltenden Winter und die Aufgaben, die die Parteiführung daraus ableitete.

Bei dem selbstgesteckten Kampfziel ging es den Kumpeln, insbesondere den Kommunisten unter ihnen, nicht so sehr um den Rekord, den diese um viereinhalb Monate verkürzte Aufschlußzeit darstellt; es ging ihnen vielmehr um die 300 Kilotonnen Rohbraunkohle zusätzlich zum Plan 1985, die dadurch das Braunkohlenkombinat Senftenberg noch im kommenden Winter für die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit Stadtgas und Elektroenergie zur Verfügung stellen kann. Sie dachten noch weiter: Braunkohle ist das Fundament der Energie- und Rohstoffversorgung der DDR; jede zu-

sätzlich geförderte Tonne stärkt die Wirtschaftskraft unseres Landes, gibt der auf das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens gerichteten Politik der SED entscheidenden Rückhalt.

Grund genug für alle, die bei diesem Vorhaben Verantwortung tragen, nicht zuletzt aber für die Partei und die Arbeitskollektive auf der Baustelle, die Herausforderung anzunehmen. Immerhin gab es bereits bemerkenswerte Ergebnisse, auf die man sich stützen konnte, zum Beispiel die vorfristige Übergabe der Bandanlage zur Abraumförderung durch die Kollektive des Kombinates Anlagenbau Braunkohle und seiner Kooperationspartner am Vorabend des 35. Jahrestages der DDR.

Parteieinfluß an allen Abschnitten

Eines galt von Anfang an als unabdingbar für eine zügige, nach präzisen Ablaufplänen zu organisierende Arbeit: die stabsmäßige Führung des Investitionsvorhabens durch die Partei, eingeschlossen eine kontinuierliche Parteikontrolle über seine termingerechte Verwirklichung. Unmittelbar vor Ort bewährte sich dabei das Parteikativ mit seinem Kern, dem Parteistab. Das Parteikativ der Baustelle, das in Abständen von sechs bis acht Wochen von der zuständigen Kreisleitung Spremberg einberufen wird, leitet deren Sekretär für Wirtschaftspolitik, Genosse Günter Bohne.

Dem Aktiv gehören alle Leiter bzw. deren Beauftragte der mit Bau- oder Montageleistungen am Tagebauauftschluß beteiligten Betriebe sowie die entsprechenden Parteifunktionäre an. Auf Grund dieser Zusammensetzung ist das Parteikativ in der Lage, Maßnahmen, die zur Einhaltung der Ablaufpläne und zur Koordinierung der Arbeit für notwendig erachtet werden, über verbindliche Weisungen der zum Aktiv gehörenden staatlichen Leiter unverzüglich durchzusetzen.

Analog gilt das für den in der Regel monatlich zusammentretenden Parteistab. Er wurde als zeitweiliges Leitungsinstrument der Zentralen Parteileitung des Braunkohlenwerkes Welzow, dem Generalauftragnehmer für das Investitionsobjekt, gebildet. Dem Parteistab gehören zehn Genossen an, die die wichtigsten politischen und staatlichen Verantwortungsbereiche des Objektes repräsentieren. Er gewährleistet das Zusammenwirken der Parteikräfte